

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftl. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2484 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreis: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeitungsliste der Staatsschuldverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatforstverwaltung.
Berantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 30

Dresden, Freitag, 5. Februar

1932

Zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 4. Februar.
Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit: Nach den bisherigen Bestimmungen haben sich am 1. und 2. Einzeichnungstage für die Volkswahl zur Hindenburg insgesamt 277000 Personen eingetragen, davon in Berlin insgesamt 63000. Bisher liegt weder das Ergebnis des 1. noch des 2. Einzeichnungstages vollständig vor.

Zurückweisung unrichtiger Behauptungen Ludendorffs.

Berlin, 4. Februar.
In einem kürzlich erschienenen Flugblatt äußert Ludendorff, aus einem Rundschreiben amerikanischen Ursprungs in Erfahrung gebracht zu haben, daß Deutschland an Frankreich wegen eines Bündnisses heranzutreten sei, das die völlige Freigabe der deutschen Selbständigkeit bedeuten würde. Um seine kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln, und die Tribute, die in bar in Waren weiter leisten zu können, habe Deutschland eine Union mit Frankreich auf dem Gebiete der Wehrmacht, der Währung und der Wirtschaft, namentlich des Eisenbahnwesens, in Vorschlag gebracht.
Diese Behauptungen sind völlig unrichtig und reine Phantasieprodukte.

Zinsermäßigung bei Krediten zum Absatz von Originalsaatgut.

Berlin, 4. Februar.
Um den Absatz von Originalsaatgut von Getreide für die bevorstehende Frühjahrsbestellung zu heben, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Mittel zur Verbilligung des Zinsfußes für Kredite zur Verfügung gestellt. Die Zinsverbilligung, die bei einem Reichsbankdiskont von 7 Proz. 3 Proz. beträgt, sinkt um die gleiche Prozentzahl wie der Reichsbankdiskont auf 4 Proz. und ist für die Dauer von zweimal drei Monaten vorgesehen. Die Zinsverbilligung erfolgt bei gegenseitlichem Einverständnis der Reichsbank und der Kreditinstitute. Die Ermäßigung wird nur für den Bezug von anstehendem Originalsaatgut von Getreide einschließlich Mais und Hülsenfrüchten gewährt und nicht für Abfaaten oder sonstiges Saatgut.

Die „Deutsche Bauernschaft“ beim Reichsfinanzminister.

Berlin, 4. Februar.
Wie das Nachrichtenbüro des RFB meldet, hatte der Vorstand der „Deutschen Bauernschaft“ eine grundsätzliche Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich über die Umstrukturierung der Bürgersteuer, die Weltbeschaffung für die Siedler, die Hilfe, insbesondere über den Plan der Entschuldung durch Wiedereinführung der Rentenbankgrundschuld für alle landwirtschaftlichen Betriebe im Osten usw.
Darüber hinaus wurden dem Reichsfinanzminister Vorschläge über eine weitere Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten gemacht, durch Herabsetzung der Futtermittelpreise, der Pachtpreise und der Zinsen für Personalkredite.
Wie die „Deutsche Bauernschaft“ betont, habe sich aus der Erwidern des Reichsfinanzministers, der sich sehr positiv zu diesen Vorschlägen geäußert hätte, ergeben, daß der Reichsfinanzminister bereit sei, im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten zu versuchen, eine bauernfreundliche Politik zu machen.

Zum Versuch der Einbürgerung Hitlers. Gutachten des Reichsinnenministers.

Berlin, 5. Februar.
Reichsinnenminister Brüning hat noch gestern abend dem Reichsminister des Innern, der sich sehr positiv zu diesen Vorschlägen geäußert hätte, ergeben, daß der Reichsfinanzminister bereit sei, im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten zu versuchen, eine bauernfreundliche Politik zu machen.
Reichsinnenminister Brüning hat noch gestern abend dem Reichsminister des Innern, der sich sehr positiv zu diesen Vorschlägen geäußert hätte, ergeben, daß der Reichsfinanzminister bereit sei, im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten zu versuchen, eine bauernfreundliche Politik zu machen.

Dr. Goerdeler über Preisentwertungsfragen.

Berlin, 4. Februar.
Vor Vertretern der Presse wies heute der Preiskommissar Dr. Goerdeler noch einmal darauf hin, daß der Lebenshaltungsindeks sich gegenüber der Zeit vor Beginn der Preisentwertungskontrolle um 6,3 Prozent und gegenüber dem Höchststand im März 1929 um 20 Prozent gehoben habe. Der Preiskommissar verlangte mit allem Nachdruck, daß die Verbilligung sich bis zum letzten Verbraucher durchziehe. Von besonderem Interesse sei die Frage der Behandlung langfristiger Verträge bei Abzahlungs- und Leasinggeschäften. Bei Abzahlungs- und Leasinggeschäften sei nur eine Erleichterung in der Weise möglich, daß die Ratenzahlungen auf einen längeren Zeitraum verteilt und somit kleiner werden. In der Frage der Privatlebensversicherungen vertritt der Preisentwertungskommissar den Standpunkt, daß für die Leistungen, die in der Gegenwart und in der Zukunft fällig sind, eine Verbilligung einzuwirken muß. In den sogenannten Mißverträgen betonte Dr. Goerdeler, wenn ein Vertrag langfristige Verträge auf einen bestimmten Preis gebunden ist, hat in Zeiten niedrigerer Konjunktur eine Preisänderung vereinbart zu haben, dann sei es eigene Schuld; es kann nicht die Aufgabe behördlicher Stellen sein, eine risikolose Wirtschaft zu schaffen.

Zum Problem der gebundenen Preise kündigte Dr. Goerdeler eine Vereinfachung der Verordnung an, in der bestimmt wird, daß alle Verpackungen, Gefäße usw. der Waren der alte und der neue Preis gedruckt werden muß, damit der Käufer die Preisentwertung kontrollieren kann.
Besonders schwierig sei die Frage der öffentlichen Tarife. Die Entwertungen seien teilweise

so niedrig, daß nach Ansicht des Preiskommissars geprüft werden muß, ob es nicht zweckmäßig ist, nur bei der einen Kraft zu lenken, statt die Vorteile der Preisentwertung zu verzerren. Die Schwierigkeit dieses Problems liegt auch darin, daß die Finanzlage der Gemeinden und Gemeinverbände sich katastrophal verschlechtert hat. Diesem Problem ist nach Ansicht Dr. Goerdelers nur durch eine Verwaltungsrechtliche und finanzielle Umgruppierung beizukommen, deren Erösung Aufgabe der zuständigen Stellen ist.

Die Reichskonferenz des GDA für ausgleichende Preisentwertung.

Berlin, 4. Februar.
Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst meldet, fand die am 3. und 4. Februar in Berlin tagende Reichskonferenz des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA) eine Entschließung, in der festgestellt wird, daß der Gehalts- und Lohnabbau widerspreche dem im Zusammenhang mit der letzten Rotverordnung wiederholt abgegebenen ernsten Erklärungen der Reichsregierung, daß zur Vermeidung einer weiteren Schrumpfung der Wirtschaft ein Auseinanderklaffen zwischen Preis- und Lohnabbau unbedingt verhindert werden müsse.
Die Entschließung erklärt zum Schluß, wenn es der Regierung und dem Reichskommissar für Preisüberwachung nicht gelinge, die Preise in längerer Frist den gewünschten Gehältern und Löhnen wieder anzupassen, dann müsse das „schalls- und lohnabbau“ der Rotverordnung unverzüglich aufgehoben werden.

Eine Erklärung des thüringischen Ministers Baum.

Weimar, 4. Februar.
Minister Baum erklärte auf Anfrage, daß in der morgen stattfindenden Kabinettsitzung in Weimar eine Erklärung formuliert werden soll, durch die die Öffentlichkeit über alles genauestens informiert werde. Man werde insbesondere Stellung nehmen zu dem Vorgehen des Ministers a. D. Dr. Fried; außerdem aber werde auch die Frage erörtert werden, ob das Verhalten der beiden Ministerialbeamten mit den beamtensrechtlichen Bestimmungen zu vereinbaren sei.

Die Berliner Universität geschlossen. Neue Ausschreitungen nationalsozialistischer Studenten.

Berlin, 4. Februar.
In der Berliner Universität kam es heute wieder zu schweren Ausschreitungen nationalsozialistischer Studenten. Als einige jüdisch aussehende Studierende die Universität betreten, wurden sie von einer Gruppe nationalsozialistischer Studenten mit dem Rufe empfangen: „Juden raus!“ Es entwickelte sich zwischen ihnen und politisch Andersdenkenden eine Prügelei, so daß die Polizei einschreiten mußte. Dabei wurden zehn Personen erfaßt. Der Rektor der Universität hat auf Grund dieser Vorfälle die Schließung der Universität für den heutigen Tag angeordnet.

Strafanträge im Kurfürstendamm-Krawall-Prozess.

Berlin, 4. Februar.
Im Prozeß gegen die Nationalsozialisten, die am jüdischen Neujahresfest am Kurfürstendamm jüdische Personen oder solche die für Juden gehalten wurden, schwer mißhandelt hatten, bzw. die Krawalle geleitet hatten, wurden heute die Anklageverträter ihre Strafanträge. Wegen Graf Heilborn, der in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurden zwei Jahre Gefängnis beantragt, gegen den Stadthalter Ernst und den Jungkuchelmischer Brandt, die gleichzeitig zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt waren, wurde je ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt. Eine Straferhöhung beantragt.

tragen die Staatsanwälte gegen die Angeklagten Damerow von drei Monaten Gefängnis auf ein Jahr Gefängnis und bei dem Angeklagten Schulz von vier Monaten auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Dagegen wurde bei dem Mitfahrer des Grafen Heilborn, Chauffeur Kühne, eine Strafermäßigung von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis auf neun Monate Gefängnis und bei dem Leiter der Stadtwache Gewehr von einem Jahr drei Monaten auf ein Jahr Gefängnis beantragt. Auch bei den Angeklagten Ockendorf, Jöh und Meyer-Rühlhaus beantragten die Staatsanwälte anstatt der jetzt verhängten höheren Strafe je neun Monate Gefängnis. In allen übrigen Fällen wurde bis auf geringe Änderungen Verurteilung der Berufung der Staatsanwälte wieder der Angeklagten beantragt.

Die Staatsanwälte stellen ihre Anträge fast ausnahmslos wegen einfachen Landfriedensbruchs, zum Teil in Tateinheit mit Anreizung zu Gewalttätigkeiten oder zum Klassenhaß. Außer der Aufrechterhaltung der Haftbefehle gegen zwei schon in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte wurde auch die Verhaftung des Grafen Heilborn, Ernst, Brandt, Schulz und Schubert beantragt. Neben den Freisprüche, die bereits in erster Instanz erkannt waren, wurde auch noch die Freisprechung des Angeklagten Voth beantragt. Die Verhandlung wird Sonnabend fortgesetzt werden.

Die Zerlegungversuche bei der Reichswehr.

Rein Reichswehrangehöriger beteiligt.
Berlin, 4. Februar.
Zu den gestern vom Berliner Polizeipräsidenten gemeldeten Verhaftungen wegen Zerlegungversuchen bei der Reichswehr erfaßt Wolff Büro aus dem Reichswehrministerium, daß die kommunistischen Zerlegungversuche in keinem Falle einen Erfolg gehabt haben. Es trifft nicht zu, daß ein Reichswehrsoldat wegen Beteiligung an den Zerlegungversuchen festgenommen worden ist. Bei dem Soldaten, der in einem Café mit einem Kommunisten zusammengetroffen ist, handelt es sich um den Mann, der die erste Anzeige erfaßt hat, und dessen Zusammenreffen mit dem Kommunisten mit der Polizei zum Zwecke der Festnahme veranlaßt war.

Strafanzeige gegen Minister Stogges.

Braunschweig, 4. Februar.
Der Rechtsvertreter des Reichsbanners hat heute gegen den braunschweigischen Minister Stogges bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Begünstigung und wegen Versuch einer Strafbereitelung erlassen. Die Anzeige wendet sich gegen eine amtliche Erklärung des Ministers, in der behauptet worden war, der kürzlich verstorbenen Reichsbannermann Reier sei von einem Gefinnungsstrenge erschossen worden. Das Reichsbanner erklärt, es erblicke in dieser Darstellung, die mit den polizeilichen Ermittlungen nicht im Einklang lände, einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren, wodurch von dem wirklich Schuldigen abgelenkt worden sei.

Nationalsozialistischer Tumult im Münchner Stadtrat.

München, 4. Februar.
Im Stadtrat entstanden heute Tumulten bei Behandlung eines kommunistischen Antragstellungsantrages der eine weitgehende Senkung der städtischen Beiträge verlangte. Der Führer der nationalsozialistischen Fraktion, Stadtrat Effer, begab sich mit anderen Fraktionsgenossen zum Tisch des Vorsitzenden und nahm die Glocke an sich. In dem allgemeinen Lärm war kaum verständlich, daß Effer drei Ordnungsrufe erhielt und aus der Sitzung ausgeschlossen wurde. Da Effer erklärte, sich nur der polizeilichen Nacht zu fügen, schloß der Oberbürgermeister die Sitzung unter außerordentlicher Ursache während der es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei und der Nationalsozialisten kam.

Nationalsozialistische Beschimpfung des Reichspräsidenten Ebert.

Berlin, 4. Februar.
Wegen Beschimpfung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wurde vom Schöffengericht Schöneberg der verantwortliche Redakteur der nationalsozialistischen Zeitung „Völkischer Beobachter“, Saage, zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Unter der Überschrift „Ein sensationelles Urteil: Ebert als Massenmörder“ war in einem Artikel seines Blattes behauptet worden in einer Verhandlung gegen einen Nationalsozialisten habe das Gericht als wahr unterstellt, daß Ebert beim Munitionstreit zu Beginn des Jahres 1918 den Tod von Tausenden von Soldaten auf sein Gewissen geladen habe. In der Verhandlung gegen Saage berichtete der Vorsitzende der Neupräsidenten Strafammer als Zeuge, das Gericht habe damals lediglich als wahr unterstellt, daß ein Munitionstreit immer schädliche Folgen habe. Der angeklagte Redakteur erklärte, daß er den besagten Artikel nicht gelesen habe und den Verfasser nicht kenne. Das Schöffengericht stellte fest, daß der Redakteur auf Grund dieser Angaben nicht als Täter bestraft werden könne. Da der Artikel zweifellos eine große Beschimpfung des ersten Oberhauptes der deutschen Republik enthalte, so liege objektiv eine strafbare Handlung vor. Redakteur Saage wurde wegen Fahrlässigkeit nach § 21 des Pressegesetzes zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate zwei Wochen Gefängnis beantragt.

Politischer Mord? Am Donnerstag abend wurde in Lankwitz bei Berlin der 22jährige Joseph Bartos durch einen Schuß schwer verletzt aufgefunden.

Er wurde dem Krankenhaus zugeführt, wo er gestorben ist. Drei verdächtige Personen wurden festgenommen. Der Mord scheint politischer Natur zu sein.

Kommunistische Demonstrationenversuche in Osnabrück.

25 Schüsse. Etwas 200 Kommunisten, die hauptsächlich aus den Ruhrbezirken gekommen waren, hatten Donnerstag abend versucht, in der Nähe des Limbeker Platzes in Osnabrück zu demonstrieren. Die Polizei griff sofort ein und konnte die Demonstranten zerstreuen. 25 Teilnehmer wurden festgenommen. Ein Kommunist der eine Schußwunde bei sich führte, wird sich demnächst zu verantworten haben.

Keine Rotenabstimmung in Rumänien. Der Finanzminister demontiert auf das kategorische die von einem Blatt lancierten Gerüchte von einer teilweisen Abkämpfung der rumänischen Karfener.

Er erklärt alle diesbezüglichen Gerüchte als reine Fiktion.

R

Regierungserklärung des österreichischen Bundeskanzlers.

Wien, 4. Februar.

In der heutigen Sitzung des Nationalrates gab Bundeskanzler Dr. Buresch die Regierungserklärung ab.

Er führte u. a. aus: Die Erhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt wird an oberster Stelle sein. Wir müssen aber darauf gefaßt sein, daß der Schrumpfungstypus in der Wirtschaft den nötigen Kundeneinnahmen im Budget 1932 ergeben kann. Eine Verbesserung des Budgets werden wir erzielen, wenn sich die politischen Parteien bei Wählung ihrer Kandidaten ein vernünftiges Maß auferlegen. Die Bundesregierung ist entschlossen, vom Standpunkt der Erhaltung des inneren Friedens allen beratigen Aktionen entschieden entgegenzutreten.

Die Außenpolitik wird mit aller Unterstützung des Staates alles daran setzen, um die Wahrung zu erhalten und zu sichern. Daß diese Bemühungen Erfolg hatten, beweist die Vermehrung der Sparsparlagen, der Rückgang des Banknotenumsatzes und die Verringerung des Wechselportefolles. Die Regierung behauptet es, daß von vielen Stellen des Auslandes und des Inlandes immer wieder Nachrichten über ein Rotatorium verbreitet werden, die den Absichten der Regierung zuwiderlaufen. Das Rotatorium bewegt sich immer in einer zerschmetternden Höhe. Die gegenwärtig in Kraft stehenden handelspolitischen Abmachungen sind zum Teil unzulänglich, zum Teil werden sie in den Vertragsstaaten durch autonome Wirtschaftspolitik der Wirtschaft nach außen hin verletzt. Der Staat unter Wahrung und unserer Verantwortlichkeit kommt uns in der Folge analoge Maßnahmen auf. Überaus

schwierig gestalten sich daher die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt. Zur Erleichterung des Verkehrs beabsichtigt die Regierung, eine Vorlage einzubringen, durch die ein selbständiger Träger für die Arbeitslosenversicherung geschaffen werden soll.

Die Regierung ist fest entschlossen, die Außenpolitik der Republik Österreich in dem glücklicherweise traditionell gewordenen Sinne der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten, nachdem wie idiosyncratisch Österreich und hierbei in erster Linie selbstverständlich zum Bundesverwandten Deutschen Reich, zu dem wir in freundschaftlicher Beziehung stehen, fortzuführen, und an den völkerverständlichen Bestrebungen, welche auf die Befriedigung der Welt und die Gestaltung einer glücklicheren Zukunft der Menschheit abzielen, im Maße ihrer Kräfte wirksamen Anteil zu nehmen. Die Regierung wird dabei an dem unerschütterlichen Grundsatz der Wahrung der vollkommenen politischen Unabhängigkeit Österreichs festhalten und keine politischen Bindungen übernehmen, sondern auf realer geschäftlicher Grundlage mit jedem Staate verhandeln, welcher einleuchtet, daß man nur exportieren kann, wenn man auch importiert.

Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern ist gesichert und gewährleistet, in das Bundesrecht, die Polizei und die Gendarmerie fest hinter der Regierung stehen. Die Regierung wird daher jeder Behinderung der inneren Ruhe, von welcher Seite immer sie komme, in der ihr durch Gesetz und Pflicht vorgezeichnete Weise entgegenzutreten.

Die Regierungserklärung fand lebhaften Beifall bei den Regierungsparteien.

Zolltarifrede des Schatzkanzlers im Unterhaus.

London, 4. Februar.

Im Unterhaus hielt Schatzkanzler Neville Chamberlain heute die mit Spannung erwartete Tarifrede. Er sagte, wenn die Steuern während des Herbstes des Budgetjahres im gleichen Umfange wie bisher eingingen, so sei er sicher, daß irgendwelche Vorteile, die England in anderen Richtungen erzielen könnte, dadurch weitgemacht werden würden. Die Lebenshaltungskosten seien jetzt wie durch ein Wunder von der Entwertung des Pfundes unberührt geblieben. Auf der anderen Seite habe die Frage der Reparationen und Schulden Europa in einem dauernden Zustand des Trostes und der Besorgnis.

Die Untersuchungen der Regierung in der Frage der Handelspolitik hätten ihr beachtenswerte Ergebnisse erbracht. Das Problem sei, die Einfuhr zu vermindern und die Ausfuhr zu vergrößern. Der Plan der Regierung müsse diesem und nicht anders sein und müsse sich leicht realisieren lassen. Die Regierung werde ein System möglichen Schutzes vorzuschlagen, das „wissenschaftlich“ den Bedürfnissen der Industrie und Landwirtschaft angepaßt sei. Die Grundlage der Regierungsvorschläge sei ein allgemeiner Wertzoll von 10 Proz. auf alle Importe mit gewissen Ausnahmen. Wenn bereits auf irgendeine Ware ein Zoll erhoben würde, so sei dieser nicht noch diesen 10 Proz. unterworfen. Eingeführt in die

Liste neuerer Artikel und Waren würden sein: Weizen, Fleisch, Fisch, britische Fische, Rohbaumwolle, Wolle und Leinwand. Auf der Grundlage der 10 Proz. würde ein ergänzendes System von Zöllen aufgebaut werden. Keiner der Zölle würde in den Dominions vor der Ottawa-Konferenz in Kraft treten. Zudem würde ebenfalls zu den Dominions gerechnet werden. Schienen, Protokolle und Mandatländer seien in eine andere Kategorie; ihre Produkte würden zu dem allgemeinen Tarif von 10 Proz. über den Zuschüssen aufgenommen werden. Für Waren von fremden Ländern würde das Handelsamt statuiert werden, zu dem bestehenden Zolltarif in Fällen von Diskriminierung gegenüber englischen Waren einen Zoll bis zu 100 Proz. aufzusetzen.

Annahme des zweiten russischen Fünfjahresplanes.

Moskau, 5. Februar.

Die kommunistische Parteikonferenz der Comintern wurde gestern geschlossen. Nach einem Schlußwort Molotows bestätigte die Konferenz einstimmig die Ziele im zweiten Fünfjahresplan mit von Molotow benutzten Zahlen, sowie die Ziele über die Ergebnisse der Industrie im Jahre 1931 und über die Aufgaben für das Jahr 1932.

Wahl des russischen Reichsministers.

Moskau, 5. Februar.

Der Reichsminister wurde als Mitglied des Oberhauses Emil Bogdanow zum Nachfolger

Die japanische Antwort auf den Vorschlag der Mächte

Tokio, 4. Februar.

Die japanische Antwort auf die Vorschläge der Mächte wurde nun offiziell (Lettis) den drei Vorschlägen überreicht. Japan erklärt sich bereit, die Feindseligkeiten einzustellen, wenn die Chinesen das gleiche tun, andernfalls würde sich Japan gegenwärtig schon auf seine Selbstverteidigung beschränken. Angesichts der chinesischen Drohungen und des Entschlusses der gegnerischen Mächte, es die japanische Antwort als unzulänglich auf die Mobilisierung oder auf die Vorbereitung kriegerischer Handlungen zu verzichten. Sie lehnt die Einrichtung einer neutralen Zone im Bereich von Tschapei nicht ab, betrachtet aber die Frage von Schanghai als vollkommen unabhängig von der mandchurischen Frage, die durch den Beschluß des Völkerbundes vom 10. Dezember erledigt ist, und für die sie nicht gewillt ist, die Hilfe beteiligter oder neutraler Mächte anzunehmen. Der wichtigste Punkt des Vorschlages ist im wesentlichen unannehmbar.

Wie Reuters aus Tokio meldet, ist man dort der Meinung, daß Japan gegebenenfalls vorschlagen wird, an Stelle einer neutralen Zone einen dauernden Interimvertrag („Vorvertrag“) zu schließen.

Nach einer in London eingegangenen Meldung hat China in seiner Antwort auf die englisch-amerikanische Note die in der Note vorgeschlagenen fünf Punkte vorbehaltlos angenommen.

Bestige Kämpfe in Schanghai.

Schanghai, 4. Februar.

Ein heftiger Kampf ist seit Beginn des Nachmittags im Gange. Die Japaner haben den Versuch erneuert, die Chinesen aus dem nördlichen Teil der Stadt Tschapei zurückzuwerfen. Die Chinesen zeigen eine bemerkenswerte Entschlossenheit, und stehen mit ihren Gewehren, Maschinengewehren und Mörsern, das sind die einzigen Waffen die sie besitzen, einen bewundernswürdigen Widerstand.

Nach dem Justizrat japanischen Luftbombardement auf Tschapei, das volle vier Stunden andauerte, sind die Chinesen noch im Besitz der Ruinen des Bahnhofs von Tschapei. Die Chinesen sind die Wufung-Forts, obwohl diese nochmals von den Japanern erneut bombardiert worden sind.

Zwei chinesische Flugzeuge griffen heute vormittag sechs japanische Bombenflugzeuge an. Die Japaner entzogen sich in Richtung auf den Fluß. Es wurde beobachtet, daß eines ihrer Flugzeuge bei Tschapei abstürzte.

Das „Times“ haben die neuen japanischen Kritiker- und Bombenangriffe auf Tschapei zu neuen großen Feuerbräufen geführt. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet sei die ganze japanische Aktion gegen das Stadtviertel ein Fehler gewesen. Die chinesischen Streitkräfte um Schanghai herum seien ungefähr 20.000 Mann stark, von denen aber nur ein kleiner Teil gegen die Japaner gelangt habe. Es werde schwerlich für die Chinesen sein, Bestärkungen heranzubringen, da diese japanische Kriegsschiffe den Jungfer abpatrouillieren.

Neuer amerikanischer Protest gegen Japan.

Washington, 4. Februar.

Die amerikanische Regierung hat heute einen Protest gegen die Benutzung der internationalen Niederlassung in Schanghai als Basis der japanischen Angriffe auf China erhoben.

Im Staatsdepartement wird die Lage in Schanghai als weitestgehend ernst angesehen. Die japanischen Truppen seien nicht nur aus dem amerikanischen Teil der internationalen Niederlassung, sondern auch aus den direkt davorliegenden japanischen Botschaftsgebieten zurückgezogen worden.

Charbin vor dem Fall.

Harbin, 4. Februar.

(Reuters.) Nachdem Harbin in den letzten Stunden zu ruhen. Die japanische Besatzung hat bereits in unmittelbarer Nähe der Stadt, nachdem sie die chinesischen Verteidigungskräfte zurückgeworfen hat.

Nach einer Blättermeldung wird die Fortsetzung der japanischen Expeditionskräfte heute früh in Harbin ein

Die Verlängerung des französischen 25-Millionen-Dollar-Kredits.

Paris, 4. Februar.

Das teilte mit, daß heute am 4. Februar der Kredit der Bank von Frankreich an die Reichsbank in Höhe von 25 Millionen Dollar für einen weiteren Monat verlängert worden ist.

dieser Kredit zu einem politischen Instrument, das die Bank von Frankreich wie ein Damocles-Schwert über der Reichsbank schweben lassen könne. Inzwischen sei das Entschlossenwerden über die Finanzpolitik, dessen Verlauf aus dem Generalbankrott abhängt, und die Ungeklärtheit in der Finanzwelt werde weiterhin vergrößert. In anderen Ländern werde der Wunsch immer stärker, daß die Reichsbank ein Arrangement treffe, um den Kredit der Bank von Frankreich im nächsten Monat abbezahlen zu können. In diesem Zusammenhang wird hier darauf hingewiesen, daß die Mittel zur Abnahme des Kreditbetrags der Bank von Frankreich vorhanden seien, da ja das Kapital der BIZ, auf zu 25 Proz. eingezahlt worden sei.

Ein amerikanischer Vorschlag zur Ablösung der französischen Forderung des 100-Millionen-Kredits.

New York, 4. Februar.

„Ronald Truhane“ heißt sich heute in ihrem Finanzamt mit der Präsidentschaft des 100-Millionen-Dollar-Kredits an die Reichsbank. Das Blatt glaubt, daß die Art und Weise, in der der Kredit verlängert wird, einen Rückschritt bedeute. Da die Verlängerung nur auf 30 Tage erfolgt, so scheinen die Schwierigkeiten auf die Initiative der Bank von Frankreich hin zu der alten Methode des „Bon-der-Band-in-den-Mund-Redens“ zurückzuführen. Dadurch werde, so heißt es weiter,

Danzig obliegt im Hoog

Daag, 4. Februar.

Der Ständige Internationale Völkerbund hat heute nachmittag in Danzig-polnischen Kinderheimen in Absprache mit

Erste Ausstellung 1932 des Sächsischen Kunstvereins zu Dresden.

Den großen Saal hat die Ausstellungsbereitungen den Arbeiten Konrad Felixmüllers eingeweiht. Es ist das Ergebnis der letzten sechs Jahre seines Schaffens, das er zeigt. Innerhalb dieser sechs Jahre hat sich eine vollkommene künstlerische Wandlung Konrad Felixmüllers vollzogen; der ehemalige Expressionist ist zum beherrschenden Naturalisten geworden. „Angenehm“ so bekennt er, „von den wunderbaren Gedrücken unserer sichtbaren Welt will ich das Schöne zum Inhalte meiner Kunst machen.“ Es ist schon bei der Betrachtung der Zeichnungen des Künstlers, die Heinrich Ritz vor kurzem zeigte, darauf hingewiesen worden, daß Felixmüller nun wohl erst den richtigen Weg für seine materielle Begabung erkannt hat. Kraft der Zeichnung besitz der Künstler auch schon, als er noch expressionistische Ideen nachging; man konnte bei aller Phantasie die damals die künstlerische Arbeit Felixmüllers erfüllte, immer wieder feststellen, daß er bewußt das Gegenständliche zu überwinden suchte, zeitweilig wegschickte. Die neue Entwicklung des Künstlers ist ganz zweifellos noch nicht abgeschlossen; unter den Ergebnissen des Schaffens seiner jüngsten Zeit finden sich noch Beispiele dafür, daß er mit dem Stoffe wie mit der Form ringt, weil sein hohes materielles Talent noch wie vor zu Überhebungen neigt, namentlich zur Überhebung der farbigen Zeichnung. Aber an Arbeiten wie dem Bildnisse des „Alten Mannes“ oder dem Bildnisse „Hanna Beckers“ erkennt man doch die sichere materielle Hand, die nicht nur die Gabe besitzt, einen Ausdruck plastisch zu erfassen, sondern auch sein Geistes- und Seelisches hervorzuheben.

Da einer Sonderausstellung ist der in Göttingen lebende Maler und Bildhauer Ernst Kozig gewidmet an der Ausstellung beteiligt. Kozig, ein Sächsischer, der sein Lebenswerk abgeschlossen hat, war als Maler noch Schüler von

Johann Thumann und Paul Rejzschlein, und im Geiste dieser beiden Meister der Zeichnung und Farbe hat er sein reiches geistiges und festliches Talent entwickelt. Als Bildhauer ist er Autodidakt. Die Ausstellung seiner Werke im Kunstverein zeigt ihn als hervorragenden Denker von Stoff und Form, von Zeichnung und Farbe. Es ist ein gelinder Naturalist, der sein materielles und bildnerisches Werk erfüllt; bei den malerischen Arbeiten sind es vor allem die ausgezeichneten Durchführungen, die den Betrachter fesseln, bei den Skulpturen die handwerklichen Fortschritte, die denen sich u. a. auch ein Bildnisbild des Dresdner Bildhauers Robert Drey befindet. Was die moderne Malerei und Bildhauerei innerhalb anderer Ideale fühligen als Ernst Kozig gewirkt, so kann sie doch unter allen Umständen insofern bei ihm lernen, als sie die Ganzheit der Arbeit erkennt und bewahrt. Diesen Meisterbildern sieht man an, daß sie nicht das Ergebnis flüchtiger Impressionen waren, sondern in langwieriger Andeutung entstanden. Das nämliche kann von den Zeichnungen und den Skulpturen des Künstlers zu sagen; sie sind wahrhafte Zeugnisse einer künstlerischen Hand, die höchste künstlerische Schärfe mit gesammelter Kraft verbindet.

Auch dem Dresdner Maler Joseph Hegenbarth ist eine Art von Sonderausstellung eingeweiht. Der Künstler hat sich in neuerer Zeit dem Tierbilde zugewandt, und er zeigt nun die Ergebnisse dieses Schaffens aus dem letzten Jahre. Bei Hegenbarth ist es nicht so sehr die Form des Tierbilde, die ihn zu malerischer Weiterentwicklung, als vielmehr die Bewegung, der Rhythmus. Der malerische Ausdruck tritt bei ihm zurück gegenüber der malerischen Wirkung, die er mit ganz leichter, butziger Pinselführung erreicht. Er liegt, technisch, etwas geraden Spielraums in der Art, wie er farblich handhabt, aber diese Charakteristik ist voll im reinen Leben, voll im reinen Temperament.

Schlieflich ist auch noch auf die kleine Sonderausstellung für den im vorigen Jahre ver-

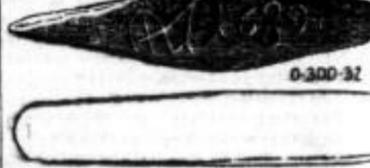
storbenen Bildhauer Georg Krejzschmar hinzuweisen. Ein paar Portraitbüsten und einige Figurenmodelle stehen noch einmal das nicht alltägliche bildnerische Talent erkennen, das in Krejzschmar hervorsticht. Er war noch keineswegs ein fertiger, jedoch nicht wie gewöhnlich nicht; aber er war ein Künstler, der mit schärfem Tiefsinn und Form im Bildwerke zu beherrschender Lust und der Forderung zu bemerkenswerten Leistungen gekommen wäre, wenn der Tod sein Schaffen nicht vorzeitig beendet hätte.

Von den fünf noch in dieser Ausstellung befindlichen Arbeiten sei auf meine Werke anderer Bildner Krejzschmars, auf die Arbeiten Franz Franks (Kopf) mit seinen farbigen Überhebungen, auf die sehr reizvollen Zeichnungen von Hans Georgi (Kopf) und auf die Gemälde von August Wilhelm Dreßler (Wald) hinzuweisen.

Ein Oberlausitzer Bauopfer.

Es wird noch manchem Leser in Erinnerung sein, daß vor einigen Jahren im Keller eines Burgschloßes in Bautzen ein vermauerter Katakomben entdeckt wurde, in welchem sich die eingetrockneten Leichen einer Ehe und einer Ratten vorfinden. Diesen Fund, den wir Herrn Tischlermeister Bach verdanken, und der in der vorerwähnten vollständigen Sammlung der Gesellschaft für Vorgeschichte und Geschichte der Oberlausitz zu Bautzen (Sonder 68) aufgeführt ist, habe ich jüngst als ein Bauopfer angesprochen und veröffentlicht. Solche Bauopfer treten verhältnismäßig selten auf, da sie meist in den Grund des Hauses eingebracht wurden, der aus Versehen gefunden sei bei neuerlicher Umbauung nicht wieder verwendet und nicht aufgefunden wird. Doch aber tragen die Spinnspinn ein solches Bauopfer frei, so ist damit noch nicht gesagt, daß es auch ein Befund sei, denn es besteht aus verschiedenen Dingen (Knochen, Leinwand, Leinwand, Leinwand etc.). In manchen

Fällen sind auch vorgeschichtliche Funde, welche die Dorfbevölkerung auf ihrem Acker gefunden hatten und an die sie eine Heilbedeutung knüpfen (Eisenbeile und Steinbeile, genannt Donnerbeile), als glückbringendes Bauopfer eingebracht worden. So fand Herr Oberleutnant Wilhelm in der Baubauet Stabkammer an der Stelle des jetzigen Stadtmuseums 1910 eine Steinart. In neuerer Zeit wurde angeblich beim Abreißen eines alten Hofes in Alt-Bautzen eine wohlgeformte und gut erhaltene Steinart vom Typus eines Steinart, die mit einem Stein, wahrscheinlich beim Einbauen zur Zeit der Romanik, versehen worden war.



Reinhold's neueste Herr Oberleutnant Wilhelm einen Steinart an der im Jahre 1880 statt. Eine Angabe des Herrn Tischlermeister Bach in Bautzen wurde er nur länger als zwanzig Jahre beim Abreißen des Hauses von Bautzen, das niedergebrannt war, in der Baubauet Stabkammer. Gerade dieses Steinart ist in verschiedener Hinsicht sehr auffällig. Zunächst einmal liegt es uns durch die Jahreszahl ganz eindeutig, daß bereits vor 200 Jahren die auch heute noch übliche Form der Steinart im wesentlichen vorhanden war. Der vorerwähnte Steinart, ein Steinart, ist vollkommen verständlich. Dies ist dadurch zu erklären, daß der Steinart in einem der heute noch üblichen Steinart aus Bautzen zum Teil im Keller fand, daß ein Steinart ein Steinart war, aber durch den Steinart anstehende Steinart der Steinart über Steinart wurde.

Nun ist aber außer der Jahreszahl noch ein

